



# Jörg Stroedter

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**SPD**

**Infobrief aktuell**

März 2014

Liebe Reinickendorferinnen und Reinickendorfer, viele Menschen kommen nach Deutschland und Berlin, weil in ihrer Heimat Krieg und Elend herrscht. Sie sehen für sich und ihre Familien keine Perspektiven. Auch Deutsche waren einmal auf der Flucht und wurden von Mitmenschen aufgenommen. Wir haben nicht nur die moralische Pflicht, sondern auch die Mittel und Ressourcen, Menschen in Not zu helfen — auch hier in Reinickendorf.

Informieren möchte ich Sie auch über die Ergebnisse unserer Klausurtagung in Braunschweig: Wir wollen mehr Bäder für Berlin und haben wichtige innenpolitische Beschlüsse gefasst. Das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum ist ein weiterer Baustein im Kampf gegen die steigenden Mieten in unserer Stadt.

Ihr Jörg Stroedter

## Zur Flüchtlingssituation in Berlin und Reinickendorf

Seit Anfang des Jahres unterhält das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) eine dritte Flüchtlingsunterkunft im Bezirk. In den drei ehemaligen Büroblöcken in der Scharnweberstraße (Foto rechts) finden vor allem Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak Zuflucht.

Insgesamt sind derzeit weltweit über 45 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten innerhalb ihres Heimatlandes. Warum aber verlassen Menschen ein Land, dessen Sprache sie sprechen, in dem ihre Familien leben, indem sie Arbeit haben? Wohl deshalb, weil sie

um ihr Leben und das ihrer Angehörigen fürchten oder diese schon verloren haben. Sie kommen nach Europa, weil sie keinen anderen Ausweg sehen. Und sie wissen, dass es

in Deutschland seit fast 60 Jahren keinen Krieg mehr gab. Wir stellen uns unserer Verantwortung und heißen sie herzlich willkommen. Aber: Der Rat der Bürgermeister musste den Bezirk Reinickendorf erst auffordern, seinen Anteil an der Hilfe zu erbringen. Der zuständige CDU-Senator hat gehandelt und



dann Tatsachen geschaffen: Nun konzentriert sich der größte Teil der Flüchtlinge im Bezirk auf Reinickendorf-West. Das bringt Probleme mit sich: 40% der Flüchtlinge sind Kinder. Sie haben Anspruch auf Kitaplätze und unterliegen der Schulpflicht. Ziel muss es daher sein, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um den Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, dazu zählen u.a. „Willkommensklassen“ und besonders geschultes Personal. Darüberhinaus halten wir die Einrichtung eines Quartiersmanagements für sinnvoll, um Spannungen im Kiez von vornherein zu vermeiden.



## Jörg Stroedter, 59, Diplom-Volkswirt

Als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses vertrete ich seit 2006 die Interessierten der Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf-Mitte und -West.

Seit 2011 bin ich stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und zuständig für die Bereiche Wirtschaft und Landesbeteiligungen. Wenn auch Ihnen irgendwo der Schuh drückt, kontaktieren Sie mich! Ich helfe Ihnen gerne.

## Termine

3. März 2014  
Wirtschaftsausschuss  
Wann? 14 Uhr  
Wo? Abgeordnetenhaus, R. 376, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

6. März 2014  
Plenarsitzung d. Parlaments  
Wann? 11-19 Uhr  
Wo? Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

8. März 2014  
Internationaler Frauentag:  
Jörg Stroedter und die SPD  
verteilen im Wahlkreis rote  
Rosen zum Weltfrauentag  
Wann? ab 10 Uhr  
Wo? Edeka, Meller Bogen

17. März 2014  
Wirtschaftsausschuss  
Wann? 14 Uhr  
Wo? Abgeordnetenhaus, R. 376, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

20. März 2014  
Plenarsitzung d. Parlaments  
Wann? 11-19 Uhr  
Wo? Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

22. März 2014  
Infostand mit J. Stroedter  
Wann: ab 10 Uhr  
Wo? Edeka, Quäkerstraße



### SPD-Fraktion: Mehr Bäder für Berlin!

Bei ihrer Fraktionsklausur im Januar haben die Mitglieder der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wegweisende Entscheidungen für die Berliner Bäderbetriebe getroffen: Um Schließungen zu vermeiden, sollen in den kommenden Jahren 100 Millionen € investiert werden. Auch der Neubau von „Kombi-Bädern“, deren Nutzung im Sommer- und Winterhalbjahr möglich ist, wird erwogen. Preissteigerungen seien nicht geplant. An dem neuen Tarifplan wolle man festhalten, so Bäderchef Ole Bested-Hensing.

Jörg Stroedter begrüßt die Idee: Es genüge nicht, immer nur Kosten zu minimieren, sondern man müsse auch bereit sein, mehr Besucher durch attraktive Angebote zu gewinnen. Dafür seien Investitionen gerechtfertigt, u.a. auch für das Paracelsus-Bad an der Lindauer Allee (siehe Foto).

### Berliner Polizei: Präsenz und Prävention

Auch die Pläne zum Ausbau der Polizeipräsenz sind weit vorangeschritten. Gerade an Brennpunkten wie dem Alexanderplatz und in BVG und S-Bahn sollen die Sicherheitsmaßnahmen erhöht werden: Nicht nur durch Videoüberwachung, sondern auch durch vermehrten Personaleinsatz vor Ort. Für Jörg Stroedter längst überfällig: „Wir fordern das eigentlich schon seit Jahren.“ Einig sei man sich auch, dass die Gehälter der Polizeibeamten steigen sollen—im Vergleich sogar stärker als im Länderdurchschnitt.

Ebenfalls Teil der neuen Konzeption ist eine unabhängige Beschwerdestelle: „Wer sich von der Polizei ungerecht behandelt fühlt, den kostet es natürlich Überwindung, seine Beschwerden gegenüber der Polizei vorzubringen.“

### Kurz notiert...

Jörg Stroedter setzt sich dafür ein, künftig freiwerdende Mittel aus dem Quartiersmanagement möglichst zeitnah im Gebiet rund um die Scharnweberstraße einzusetzen.

Die Fraktion der Piratenpartei in der BVV Reinickendorf hat sich nach internen Querelen zum Ende des Monats aufgelöst. Die Bezirksverordneten Benjamin Adamski und Sascha Rudloff haben erklärt, sich der SPD-Fraktion anschließen zu wollen, so dass diese künftig 19 Abgeordnete zählt.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am 12. März 2014 in der Zeit von 15:30-17:30 Uhr im SPD-Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin statt. Anmeldungen unter: Tel.: 030-411 70 36.

Jörg Stroedter bietet interessierten Personen und Gruppen Führungen durch das Berliner Abgeordnetenhaus an. Bei Interesse: Tel.: 030-4146727 (Termine nach Absprache)



### Brockhausen: Wohnen muss bezahlbar sein!

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat auf Initiative von Senator M. Müller (SPD) mit dem kürzlich beschlossenen Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot eine weitere Initiative ergriffen, um die Versorgung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen zu unterstützen und den rasanten Anstieg der Mieten zu bremsen. Ziel des Gesetzes ist es,

Wohnraum zu erhalten sowie Abriss und spekulativen Leerstand zu verhindern. Für bestehende Ferienwohnungen gilt eine Übergangsfrist von zwei Jahren, allerdings nur, wenn der Eigentümer die gewerbliche Fremdbeherbergung innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der noch zu erlassenden Rechtsverordnung dem zuständigen Bezirksamt anzeigt. Der Entwurf der Rechtsverordnung wird zur Zeit im Rat der Bürgermeister beraten. Bezirksstadtrat Uwe Brockhausen hält die Versorgung mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen für existenziell wichtig und begrüßt eine Regulierung des Wohnungsmarktes: „Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden und muss bezahlbar sein. Insbesondere in den unteren Preissegmenten ist eine Verknappung von Wohnraum eingetreten, der wir entgegenwirken müssen. Allerdings müssen die Bezirke auch mit ausreichendem Personal ausgestattet werden, um die kommende Verordnung effektiv anwenden zu können.“



### Neujahrsempfang

Über 500 Gäste kamen zum diesjährigen Neujahrsempfang der Reinickendorfer SPD. Jörg Stroedter und Gilbert Collé (Vorsitzender der BVV-Fraktion) begrüßten die Gäste im Foyer des Ernst-Reuter-Saals.